

Räteaktivisten in der USPD: Richard Müller und die Revolutionären Obleute¹

Ralf Hoffrogge

Nach Beginn des Ersten Weltkrieges bildete sich nicht nur innerhalb der sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion eine kraftvolle Opposition gegen den Krieg. Auch in der Gewerkschaftsbewegung entstand eine schlagkräftige Opposition. Ausgehend von Berlin entstand mit dem Netzwerk der Revolutionären Obleute eine einflussreiche Untergrundorganisation, die letztendlich den Sturz der Monarchie entscheidend mit vorantrieb. Zusammen mit der Spartakusgruppe bildeten die Obleute seit 1917 den linken Flügel der USPD. Im Gegensatz zu den Anhängern Liebknechts und Luxemburgs sind jedoch ihre Aktivitäten im Geschichtsbewußtsein der Öffentlichkeit nicht präsent, auch von Fachhistorikern wurden die Obleute bisher kaum als eigenständiger Forschungsgegenstand entdeckt.²

Die Revolutionären Obleute entstanden aus der Berliner Branchengruppe der Dreher innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Branchenleiter dieser Berufsgruppe war seit 1914 der Metallarbeiter Richard Müller, unter dessen Leitung sich die Berliner Dreher seit Beginn des Krieges der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften widersetzen und wilde Streiks und Lohnbewegungen durchführten. Ihre Stellung als qualifizierte Facharbeiter verlieh den Drehern eine starke Verhandlungsposition; daher konnten sie nicht nur eigene Forderungen durchsetzen, sondern auch für schwächere Arbeitergruppen und vor allem die Arbeiterinnen Zugeständnisse erreichen.³

Richard Müller, geboren 1880 im Dörfchen Weira in Thüringen, hatte sich noch 1913 in einer Veröffentlichung als eher typischer Gewerkschaftsvertreter seiner Zeit präsentiert. Im Vorwort einer Broschüre erklärte er es zum Ziel der

1 Überarbeitete Fassung eines Kurzreferats, gehalten auf der Konferenz „Von einer Parteidisziplin in die nächste? – Vor 90 Jahren wurde in Gotha die USPD gegründet“, veranstaltet am 28.4.2007 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Der Schwerpunkt liegt in diesem Beitrag auf der Tätigkeit der Obleute, eine ausführliche Biographie Richard Müllers wird vom Verfasser unter dem Titel „Richard Müller – vom Gewerkschaftsfunktionär zum revolutionären Betriebsobmann“ als Magisterarbeit an der FU Berlin erarbeitet.

2 Ausnahmen sind u. a. die längere Untersuchung von Erwin Winkler: Die Bewegung der revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Diss. Humboldt Universität Berlin 1964; ein Unterkapitel bei Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Bonn-Bad Godesberg 1976, sowie der Kurzüberblick von Bodo Hildebrand: Die Revolutionären Obleute – Keimzelle des Räteystems im ersten Weltkrieg, in: Jörn Garber/Hanno Schmitt: Die Bürgerliche Gesellschaft zwischen Demokratie und Diktatur, Marburg 1985, S.134-145.

3 Siehe Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, Wien 1924, S.94.

Agitationsarbeit des DMV, „auch den letzten unserer Kollegen zum Kämpfer zu machen“, die Umsetzung dieses Ziels sah er allerdings am besten gewährleistet durch ein selbst entworfenes Kontrollsystem mit sechs verschiedenen, ausgeklügelt aufeinander abgestimmten Formblättern, welche die kontinuierliche Mitarbeit der Gewerkschaftsbasis sichern sollten.⁴

Wie bei vielen Funktionären und Mitgliedern in SPD und freien Gewerkschaften bewirkten jedoch der Schock des Krieges und das Versagen der europäischen Sozialdemokratie in dieser Krise auch bei Richard Müller das Überdenken eingefahrener Praktiken und einen Politisierungsschub. So entstanden schließlich unter seiner Führung die Revolutionären Obleute.

Diese wirkten als Parallelstruktur innerhalb der Gliederungen des Berliner DMV. Zu Anfang wurden auf eigens organisierten „Dreherfesten“ oder im Anschluss an offizielle Gewerkschaftssitzungen informelle Kontakte geknüpft. Paul Blumenthal, seinerzeit Branchenleiter der Schweißer im DMV und ebenfalls Mitbegründer der Obleute, berichtete in seinen Erinnerungen: „Auf den Konferenzen wurden gewerkschaftliche Fragen behandelt. Aber bald hatten sich die oppositionellen Genossen erkannt, und wir kamen dann anschließend noch ‚beim Glase Bier‘ zusammen. Wir bereicherten uns gegenseitig mit den gesammelten Erfahrungen, und das war gewissermassen der Uranfang der Revolutionären Obleute in Groß-Berlin!“⁵ Die Bierrunden wurden schnell durch klandestine Treffen ersetzt, das Netzwerk festigte sich, und man schritt zum systematischen Aufbau einer Widerstandsorganisation.⁶

Die Obleute knüpften teilweise an bestehende Vertrauensmänner-Systeme in den Berliner Großbetrieben an. Bereits vor dem Krieg gab es gewerkschaftliche Betriebsobmänner und Werkstattvertrauensleute, die als Ansprechpartner für die Arbeitgeber dienten. Offizielle Betriebsräte waren diese Obleute jedoch nicht. Sie hatten informellen Status, und ihre Anerkennung durch die Unternehmer war stets prekär.

Müller und seine Genossen fassten nun die oppositionell gesinnten Obmänner unter dem Namen „Revolutionäre Obleute“ zusammen. Dadurch, dass ein Obmann⁷ einen ganzen Betrieb oder ein ganzes Werk vertrat, in dessen Abteilungen und Werkstätten er wiederum eigene Vertrauensleute hatte, konnten die Obleute trotz ihrer relativ geringen Zahl von etwa 50-80 Männern Tausende

4 Ders.: Die Agitation in der Dreherbranche, Berlin 1913.

5 Erinnerungsmappe Paul Blumenthal, SAPMO-BArch, SG Y 30/0079, S.10.

6 Zur Entstehung der Obleute siehe auch Erinnerungsmappe Paul Eckert, ebenda, SG Y 30/0180, S.5.

7 Es ist nur von der Position des „Obmannes“ die Rede, denn Obfrauen gab es in der Praxis nicht. Auch die Revolutionären Obleute waren, wie sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung, ein Männerclub, obwohl sie gerade in Streiks auch viele Arbeiterinnen vertraten, denn die Frauenarbeit hatte im Zuge des Krieges enorm zugenommen. Allerdings wurde im Januar 1918 mit Cläre Casper auch eine Arbeiterin in die Berliner Streikleitung gewählt und hinterher gleichberechtigt in den Kreis der Obleute aufgenommen. Siehe Erinnerungsmappe Cläre Kasper, SGY 30/0148 S.4, S.15.

von Metallarbeitern erreichen. Die Obleute waren durch diese Struktur im Gegensatz zu USPD und Spartakus „keine Massenorganisation, zu der jeder Zutritt hatte, sondern ein ausgewählter Kreis von Personen, die eine gewisse Schulung und Erfahrung im politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf genossen hatten und im Betrieb unter den Arbeitern einen Einfluss haben mussten. Es war im wahren Sinne des Wortes ein ‚Vortrupp des Proletariats‘.“⁸ Diese Formulierung Richard Müllers darf nicht im Sinne eines autoritären Avantgarde-Konzepts missverstanden werden: Trotz ihrer Mitgliedsbeschränkungen repräsentierten die Obleute durch ihre organische Verankerung in den Betrieben sehr authentisch die politische Stimmung in der Arbeiterklasse.

Im Streikfall kam es oft zu weiteren Solidarisierungen und Sympathiestreiks in unorganisierten Betrieben, so dass die Obleute bis zum Jahr 1918 in der Lage waren, die gesamte Berliner Rüstungsindustrie lahmzulegen.⁹ Die Organisation war auf diese Weise nicht nur sehr effizient, sondern aufgrund der geringen Mitgliederzahl und des informell-klanestinen Charakters sehr schwer von Polizei und Militärbehörden angreifbar.

Nach Gründung der USPD im April 1917 schlossen sich die Obleute der neuen Partei an, agierten aber völlig unabhängig vom Parteivorstand und behielten ihr Organisationsprinzip bei. Man benutzte die USPD ähnlich wie die Gewerkschaften als „organisatorische Plattform“, ohne sich bei eigenen Aktionsformen groß hineinreden zu lassen.¹⁰

In Streikfragen war die Hierarchie vollkommen auf den Kopf gestellt. Die Revolutionären Obleute entschieden von sich aus, wann die Zeit reif war für größere Streikaktionen. Dann zogen sie den Parteivorstand hinzu, dieser konnte dann zustimmen oder es sein lassen. Vor dem Januarstreik 1918 etwa luden die Obleute die Landtags- und Reichstagsfraktionen der USPD zu einer Besprechung ein und verlangten von diesen die Unterstützung eines Aufrufs zum revolutionären Streik. Die Parteivertreter zögerten zunächst, befürchteten Verhaftung oder gar ein Parteiverbot, stimmten schließlich jedoch einem allgemein gehaltenen Aufruf zu, der sofortige „kräftige Willensbekundungen der werktätigen Bevölkerung“ forderte, aber nicht direkt zu Streik oder Umsturz aufrief.¹¹

8 Müller, Kaiserreich S.161f.

9 Gegen Ende des Krieges weiteten die Obleute ihre Verbindungen auch in andere Industriegebiete aus, besonders in Düsseldorf und Braunschweig bestanden starke Gruppierungen von Revolutionären Obleuten innerhalb des DMV. Siehe David W. Morgan: *The Socialist Left and the German Revolution – A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922*, Ithaca-London 1975, S.211; Richard Müller selbst berichtet von einer reichsweiten Ausdehnung der Obleute, siehe Müller, Kaiserreich S.161.

10 siehe Müller, Kaiserreich , S.161f.

11 Ebenda, S.139. Erste Sondierungsgespräche für einen erneuten Massenstreik führte Paul Blumenthal bereits im Oktober 1917 mit den USPD-Politikern Georg Ledebour und Leo Jogiches, siehe Erinnerungsmappe Paul Blumenthal, S.13.

Letztendlich blieben die Obleute eine reine Arbeiterorganisation, der „Vortrupp des Proletariats“ agierte unabhängig von den Parteintellectualen in Reichstagsfraktion und USPD-Vorstand. Der einzige Intellektuelle, den die Obleute als einen der Ihren akzeptierten, war der ehemalige Vorwärts-Redakteur Ernst Däumig. Däumig war wegen seiner kritikreichen Berichte zusammen mit weiteren Mitgliedern aus der Redaktion entfernt worden.¹² Im Sommer 1918 stieß er zu den Obleuten. Zu dieser Zeit war Richard Müller zeitweise zum Militär eingezogen worden, gemeinsam mit dem späteren Volksbeauftragten Emil Barth übernahm Däumig bis zu Müllers Rückkehr im September 1918 die Führung der Obleute.¹³

Der Kurs der Obleute während des Krieges lässt sich am besten als pragmatisch-radikal beschreiben. Sie standen durchaus links von der USPD-Führung, die vor außerparlamentarischen Aktionen zurückschreckte, lehnten aber die aktionistische Demonstrationstaktik der Spartakusgruppe ebenfalls ab. Liebknecht und die Spartakusgruppe forderten ständige Aktionen, Demonstrationen und Streiks. Polizeiaktionen und Zusammenstöße würden dann die Situation eskalieren und letztlich zur Revolution führen. Die Revolutionären Obleute verspotteten diese Taktik als „Revolutionäre Gymnastik“, Richard Müller verurteilte sie als idealistischen Voluntarismus, dem die Arbeiter als Masse nicht folgen würden.¹⁴ Daher ließen die Obleute keine Spartakusvertreter zu ihren regelmäßigen Sitzungen zu und stritten sich auf gesonderten Treffen mit Liebknecht und seinen Anhängern über die zu wählende Taktik. Trotz der Differenzen arbeiteten beide Gruppen aber bei entscheidenden Aktionen zusammen.

Die politische Waffe und eigentliche Existenzberechtigung der Revolutionären Obleute war der politische Massenstreik. Dieses Kampfmittel, über das Partei und Gewerkschaften Anfang des Jahrhunderts heftig gestritten hatten und das der Kölner Gewerkschaftskongress im Jahr 1905 für „indiskutabel“ erklärt hatte, wurde nun 1916 unter Leitung der Obleute von der Arbeiterklasse selbst verwirklicht.¹⁵

Insgesamt organisierten die Revolutionären Obleute drei große Massenstreiks: den Solidaritätsstreik für Liebknecht im Juni 1916, den „Brotstreik“ im April 1917 und den Januarstreik 1918. An diesem letzten Massenstreik nahm in Berlin eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen teil, die Streikleitung nannte sich nun „Arbeiterrat“ und war Vorbild für viele der einige Monate später in der Novemberrevolution spontan überall entstehenden Räte.¹⁶

12 Zur Biographie Däumigs siehe David W. Morgan: Ernst Däumig and the German Revolution of 1918, in: *Central European History*, 1983, Vol XV, No. 4, S.303-331, sowie Horst Naumann: Ein treuer Vorkämpfer des Proletariats. Ernst Däumig, in: *BzG* (Berlin) 28 (1986), H.6, S.801-813.

13 Siehe Müller, Kaiserreich, S.163.

14 Siehe ebenda, S.165.

15 Zur Massenstreikdebatte siehe Hans Limmer: *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, München 1986, S.34f.

16 Siehe Dieter Schneider/Rudolf Kuda: *Arbeiterräte in der Novemberrevolution*, Frankfurt/Main 1968, S.21.

Die Streikleitungen wurden überwiegend aus den Reihen der Obleute gewählt, beim Januarstreik zog man allerdings auch Vertreter von USPD und sogar SPD hinzu, um die Basis der Aktionen zu verbreitern. Die wilden Massenstreiks, insbesondere in der Rüstungsindustrie, waren für Militärbehörden und Regierung die wohl beängstigenden Manifestationen des Widerstandes; weder das Bündnis mit den Gewerkschaftsspitzen noch Massenverhaftungen und Fronteinziehungen nach jedem Streik konnten das Wachstum der Bewegung verhindern. Die Initiative zu diesen Aktionen ging stets vom Kreis der Obleute aus, die USPD-Führung scheute aus Angst vor staatlichen Repressalien Streikaufrufe, die Spartakusgruppe hingegen hatte nicht annähernd den Rückhalt in den Betrieben, den die Revolutionären Obleute aufweisen konnten. Die Revolutionären Obleute waren also, zumindest für den Großraum Berlin, die entscheidende Oppositionskraft während des Weltkrieges.

Die Funktion der Aufklärung und kritischen Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterklasse wurde allerdings vollständig von USPD und Spartakusgruppe übernommen. Sie prägten mit ihren Zeitungen und Flugblättern die Diskussion, agitierten gegen Krieg, Burgfrieden und Belagerungszustand und entlarvten die Regierungspropaganda.¹⁷ Die Obleute selbst schrieben keine Flugblätter, sie agierten völlig klandestin und gaben erst Wochen nach der Revolution erstmals eine Presseerklärung unter ihrem Gruppennamen heraus.¹⁸ Stattdessen beschränkten sie sich zwischen den Streiks auf die Ausweitung ihres Netzwerkes und das Gewinnen neuer Vertrauensmänner. Nur wenn sie die Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse für reif erachteten, riefen sie einen Streik aus. Ihr Ziel war, durch wuchtige Überraschungsschläge die Militärdiktatur von Ludendorff und Hindenburg in die Knie zu zwingen.

Die eigentliche Revolution ging jedoch nicht von Berlin aus. Die Kieler Matrosen kamen den Obleuten zuvor, obwohl diese seit Beginn des militärischen Zusammenbruchs im Oktober 1918 Waffen gesammelt und detaillierte Aufstandspläne vorbereitet hatten.

In einer Geheimsitzung am 2. November mit den Revolutionären Obleuten, Vertretern der Spartakusgruppe und der USPD war entschieden worden, nicht am 4., sondern erst am 11. November loszuschlagen. Grund für die Verzögerung war, dass man sich weder über die Stimmung in der Provinz noch über die Zuverlässigkeit der Berliner Truppen völlig sicher war. Und ein verfrühtes Losschlagen sollte auf jeden Fall vermieden werden.¹⁹

Als nun die Revolte der Flotte die Revolution in Gang setzte, mussten die Pläne eilig geändert werden, kurzfristig wurde am 8. November für den nächsten Tag

17 Fritz Opel bemerkt, dass die Obleute zunächst kein eigenes politisches Konzept hatten und trotz Autonomie in der Aktion ideologische Anlehnung an Spartakus und USPD benötigten. Siehe Fritz Opel: *Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution*, Hannover-Frankfurt/Main 1957, S.55.

18 Siehe Morgan, *The Socialist Left*, S.209.

19 Siehe Müller, *Kaiserreich*, S.173.

das Losschlagen beschlossen, und am 9. November stürzte dann die Herrschaft der Hohenzollern in Berlin zusammen. Die Obleute versammelten sich im Reichstag, wo gerade eine eher zufällig zusammengesetzte Versammlung von Soldatenräten tagte. Hastig wurden für den nächsten Tag die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Berlin und eine Zusammenkunft derselben im „Zirkus Busch“ verkündet, auf der eine Revolutionsregierung gewählt werden sollte.

Dies geschah dann auch. Statt jedoch den Revolutionsausschuss in Berlin zu dominieren und somit faktisch die Regierung zu stellen, mussten sich die Obleute aufgrund des chaotischen Verlaufs der Aktionen und der schnellen Reaktion der SPD mit der Parität USPD-SPD in den entscheidenden Gremien abfinden. Innerhalb der USPD-Mandate stellten sie eine Person im „Rat der Volksbeauftragten“ und alle USPD-Mandate im „Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte“.²⁰ Richard Müller wurde Vorsitzender des Vollzugsrates, der Obmann Emil Barth wurde Volksbeauftragter in der neuen Regierung Ebert-Haase.

Die Obleute im Vollzugsrat lagen nun in stetigem Kampf mit den Soldatenvertretern und der SPD-Fraktion sowie mit dem Rat der Volksbeauftragten als Ganzes. Die zunächst von Müller und Däumig propagierte Aufstellung einer revolutionären Roten Garde scheiterte. Der Vollzugsrat hatte somit keine eigene Machtbasis, und die Initiative lag allein beim Rat der Volksbeauftragten, in dem die SPD-Vertreter sich gegenüber den Unabhängigen in allen entscheidenden Fragen durchsetzten. Statt einer revolutionären Räterepublik, wie sie die Obleute im Blick hatten, trieben die Dinge nun immer mehr auf eine bürgerlich-parlamentarische Republik hin. Sogar der erste Reichsrätekongress am 16. Dezember entschied sich gegen die Festschreibung des Rätessystems und für die Wahl zu einer Nationalversammlung. Richard Müller, der den Kongress selbst eröffnet hatte, nannte ihn aus diesem Grunde wenige Tage später einen „Selbstmörderklub“.²¹

Die Krise der Revolution führte im Dezember 1918 zur Krise zwischen Obleuten und USPD-Vorstand. Eine Presseerklärung der Obleute verlangte den sofortigen Rücktritt der USPD-Volksbeauftragten, eine Distanzierung der Partei von der SPD und die Führung des Wahlkampfes zur Nationalversammlung klar gegen die Mehrheitssozialisten. Müller und Däumig weigerten sich zudem, mit dem USPD-Führer Hugo Haase auf eine Kandidatenliste für die Wahl gesetzt zu werden. Die USPD sollte sich zwischen Obleuten und dem eigenen Parteivorstand entscheiden. Der Vorstand gewann diese Machtprobe, und die Obleute

²⁰ Zu den Revolutionsorganen siehe Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin (DDR) 1978, sowie Susanne Miller: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/1919, Düsseldorf 1969.

²¹ Siehe Rede Richard Müllers, in: Archiv der Sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000060. Höchstwahrscheinlich handelt es sich bei dem undatierten Dokument um eine Rede vor der Berliner Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 23.12. 1918.

waren zunächst in der Partei isoliert.²² Dennoch schlossen sie sich zunächst nicht der am 30. Dezember 1918/1. Januar 1919 neu gegründeten KPD an. Wegen ihres Antiparlamentarismus und des Vorherrschens der Syndikalisten und Ultralinken war die junge Partei den Obleuten suspekt.

Die Obleute blieben in der USPD, führten ihre Politik allerdings weiterhin unabhängig vom Parteivorstand fort. Ihr Aktionsfeld war die sich formierende Arbeiterrätebewegung, die sich seit Anfang 1919 aus den zunächst sehr heterogenen und ohne Programm agierenden Rätestrukturen entwickelte. Denn obwohl das Organisationsprinzip der Obleute, die Matrosenräte und die Berliner Streikleitung von 1918 schon räteförmig waren, gab es bisher keinerlei Theorie oder Konzept für ein Räte-system innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft. Wie in Russland entstanden die Räte in Deutschland spontan und unabhängig aus der Praxis des Kampfes heraus.

Richard Müller und Ernst Däumig gründeten nun die Zeitschrift „Der Arbeiter-Rat“, entwarfen quasi nachträglich eine eigene Rätetheorie, das „reine Räte-system“. Hier wurde erstmals der Entwurf eines kompletten Wirtschaftsorganismus vom einzelnen Betriebsrat über Industriegruppen-, Bezirks- und Branchenräte bis hin zu einem Reichswirtschaftsrat vorgelegt.²³

Anfang 1919 wurden die Forderungen nach Sozialisierung und Arbeiterkontrolle, die vom Rat der Volksbeauftragten bisher verschleppt worden waren, beständig lauter. In den Fabriken und Bergwerken sah man die Revolution noch nicht als abgeschlossen an, die Enttäuschung über die inhaltliche, in den Januarkämpfen 1919 blutig repressive Politik der SPD wuchs innerhalb der gesamten Arbeiterschaft. Aus dieser Stimmung heraus entwickelte sich im Frühjahr 1919 eine Streikwelle im ganzen Reichsgebiet mit Zentren in Berlin, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet.

Diese Streikwelle war die stärkste Machtdemonstration der Anhänger des Räte-systems, einer Bewegung, die nun weit über den Kreis der Obleute hinausging und die Mehrheit der Arbeiterklasse erfasste. Insbesondere durch die mittel-deutschen Streiks, welche die Nationalversammlung in Weimar praktisch umzingelten, war die Frage „Parlamentarische Republik oder Räte-system?“ wieder offen.

22 David Morgan schätzt das Gewicht der Obleute in der Partei sehr hoch ein und macht unter anderem ihre parteipolitische Unerfahrenheit für die Erfolglosigkeit der Intervention verantwortlich: „With a credible program and shrewd political leadership, they could have mounted a formidable threat to the established direction, or even the existence, of the USPD. Their lack of these assets, then and later, was important for the history of the party“ (Morgan, *The Socialist Left*, S.211).

23 Müllers und Däumigs Schriften zum reinen Räte-system sind in Auszügen zu finden bei Schneider/Kuda, eine ausführliche Analyse des reinen Räte-systems und ein Vergleich mit anarchosyndikalistischen Vorstellungen findet sich bei Günter Hottmann: *Die Räte-konzeptionen der Revolutionären Obleute und der Links- (bzw. Räte-) Kommunisten in der Novemberrevolution: Ein Vergleich (unter Einschluß der Genese der Rätekonzeptionen)*, Staatsexamensarbeit Göttingen 1980.

Doch die Streiks erlitten dasselbe Schicksal wie alle weiteren Versuche, die Revolution von links voranzutreiben. Sie waren lokal und ungleichmäßig verteilt, zeitlich nicht aufeinander abgestimmt und konnten somit durch die Regierung, in der nunmehr die SPD allein vertreten war, einzeln niedergeschlagen werden.²⁴ Richard Müller und Wilhelm Koenen erkannten diese Problematik, jedoch schlug ihr Versuch einer gesamtdeutschen Koordination der Streiks fehl. Die finale Niederlage der Streikwelle markierten die blutigen Märzkämpfe in Berlin, in denen die Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain den aufständischen Arbeitern nur unter Einsatz von schwerer Artillerie und hohem Blutzoll abgekämpft werden konnten. Regierung und Freikorps hatten bewusst die militärische Konfrontation gesucht, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen.²⁵

Die gewaltsame Niederschlagung des Januaraufstandes in Berlin und der Streikwelle im Frühjahr hatten alle Hoffnungen auf ein bewaffnetes Weiterreiben der Revolution zunichte gemacht. Die Nationalversammlung und somit die parlamentarische Natur der neuen Staatsverfassung waren nun Fakten, die auch die Verfechter des Rätessystems nicht ignorieren konnten. In dieser Situation kam es zu einer Kursänderung. Der neue Kompromisskurs von Richard Müller und Ernst Däumig lautete: Integration des Rätessystems in die Verfassung.²⁶

Die Rätebewegung wurde somit zu einer Betriebsrätebewegung, ihre Anhänger wollten den neuen Arbeitervertretungen soviel Macht wie möglich sichern, um sie als Ausgangspunkt für weitere politische Kämpfe in Richtung Sozialisierung und Arbeiterkontrolle auszubauen.

Ließ der Artikel 165 in der Weimarer Verfassung noch Raum für weitergehende Kontrollrechte der Arbeiter, so bedeutete das neue Betriebsrätegesetz im Jahre 1920 jedoch eine entscheidende Niederlage der Rätebewegung. Die Betriebsräte wurden zu reinen Arbeiterausschüssen degradiert, eine Kontrolle der Unternehmensleitung oder Mitspracherechte in der Produktion hatten sie nicht. Die Betriebsräte wurden zu dem, was sie in der BRD auch heute noch sind: Interessenvertretungen der Arbeitenden gegenüber dem Unternehmer, der allerdings grundsätzlich Herr im Hause ist und sowohl über Produktionsmittel als auch über Unternehmensgewinne frei verfügen kann.

Der letzte Akt der Rätebewegung war der Kampf mit den Gewerkschaften um die Betriebsrätezentrale. Die Frage lautete: Organisation der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften oder selbständige Dachorganisation aller Betriebsräte als revolutionäres Kampforgan? In Berlin hatte sich Richard Müller nach

24 Richard Müller machte später die Demoralisierung nach dem verfrühten Berliner „Januarputsch“ dafür verantwortlich, dass die Streiks in Berlin erst losgingen, als sie in anderen Gebieten schon auseinanderfielen und dass somit keine einheitliche gesamtdeutsche Streikfront entstehen konnte. Richard Müller: *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, Berlin 1925, S.154.

25 Zum Verlauf der Streikwelle siehe Müller, *Bürgerkrieg*, S.124-163, sowie Morgan, *The Socialist Left*, S.230. Über die Märzkämpfe in Berlin siehe auch den Zeitzeugenbericht von Franz Beiersdorf, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2.01.

26 Morgan, *The Socialist Left*, S.252.

Auflösung des Vollzugsrates im August 1919 letzterem Zweck gewidmet und mit Hilfe der Obleute eine selbständige Betriebsrätezentrale aufgebaut, die auch von den örtlichen Gewerkschaftsorganen mitgetragen wurde. Gemeinsam mit dem Kommunisten Heinrich Brandler verteidigte Richard Müller dieses Modell der selbständigen revolutionären Betriebsrätebewegung auf dem 1. Betriebsrätekongress vom 5. bis 7. Oktober 1920.²⁷

Der Übergang der Obleute zur KPD bahnte sich hier schon an. Bei der Spaltung der USPD auf dem Parteitag in Halle wenige Tage später waren Müller und die Obleute Verfechter des Anschlusses an die III. Internationale und der damit verbundenen „21 Bedingungen“ der Aufnahme in diese. An dieser Frage zerbrach die USPD. Müller wurde 1920 Mitglied im Zentralkomitee der USPD-Linken, nach dem Anschluss des linken Flügels an die KPD im Dezember 1920 wurde er Vorsitzender der Reichsgewerkschaftszentrale der KPD. Mit dem Gewinn dieses linken USPD-Flügels einschließlich des Netzwerkes der Revolutionären Obleute war die KPD nun schlagartig zur Massenpartei geworden.²⁸

In der Betriebsrätefrage setzten sich allerdings die Gewerkschaften durch. Trotz eines antikapitalistischen Konsenses und feuriger Reden von Gastrednern aus Sowjetrussland konnten sich Müller und Brandler auf dem Betriebsrätekongress nicht durchsetzen. Stattdessen wurde ein Antrag Robert Dißmanns angenommen, der zwar auch die Betriebsräte als revolutionäres Kampforgan beschwor, ihre Zusammenfassung aber unter dem Dach der bisher konservativ agierenden Gewerkschaftsführung vorsah. Obwohl der Beschluss sich explizit und kämpferisch für den Sturz des Kapitalismus einsetzte, bedeutete er faktisch die Niederlage für die revolutionäre Rätebewegung. Die Betriebsräte wurden Organe der Gewerkschaften, die selbständige politische Rätebewegung in Deutschland war damit beendet.

Müller und die Revolutionären Obleute wirkten nun in der KPD weiter, hielten ihren Kreis aber offen für Mitglieder anderer Parteien. Diese Politik, aber auch der Zusammenhalt der Obleute an sich wurde von der Zentrale nicht gern gesehen. Das Protokoll einer Sitzung der Obleute vom 9. November 1921 berichtet von Kontrollen und Bespitzelungen, auch wurden Befürchtungen über Parteiausschlüsse geäußert.²⁹ Eigenständige Fraktionsbildung, wie sie es in der USPD ohne Repressalien betrieben hatten, erregte Verdacht und Misstrauen innerhalb des Parteiapparats der KPD, insbesondere als die Obleute im parteiinternen Dauerstreit nach der Märzaktion 1921 mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) des ausgeschlossenen ehemaligen Parteivorsitzenden Paul Levi sympathisierten.

27 Siehe Protokoll der Verhandlungen des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands - Abgehalten vom 5.-7.10.1920 zu Berlin, Berlin 1920.

28 Zur USPD-Spaltung siehe Hartfrid Krause: USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main 1975, S.132-216.

29 Siehe Sitzung der Revolutionären Obleute am 9.11.1921, SAPMO-BArch, RyI/I 2/708/120.

Nachdem die Antikriegsopposition gegenstandslos geworden und die selbständige Rätebewegung eingegangen war, waren auch die Politikformen der Obleute am Ende. Träger der politischen Kämpfe waren nun alleine die Parteien, die Basisbewegungen existierten nurmehr in Abhängigkeit von diesen. Innerhalb der KPD waren die verbliebenen Obleute isoliert, von der SPD wollten sie nichts wissen, eine USPD als starke Mittelkraft existierte nicht mehr.

Das Zusammenspiel von radikaler Basisbewegung und Parlamentsopposition einer Partei, das von Obleuten und USPD während des Krieges und auch danach teilweise sehr erfolgreich praktiziert wurde, konnte durch die sich abzeichnende Bolschewisierung der KPD nicht erhalten werden. Einzelne Obleute blieben in der KPD aktiv, andere wandten sich der KAG zu oder verließen die Politik ganz. Der Zusammenhang als solcher ging ein. Ebenso wenig wie es ein Gründungsdokument gab, gibt es eine offizielle Auflösungserklärung der revolutionären Obleute.

Richard Müller gehörte nach heftigen Kontroversen über die gescheiterte Märzaktion im Jahre 1921 zur innerparteilichen Opposition in der KPD. Er verlor aus diesem Grund seinen Posten als Leiter der RGZ, blieb aber in der Partei. Nachdem schlichtende Eingriffe Lenins die Partei kurz stabilisiert hatten, setzte sich jedoch gegen Ende des Jahres die Linie des Vorstands wieder durch, und Müller wurde im Januar 1922 gemeinsam mit anderen Oppositionellen aus der KPD ausgeschlossen. Eine Rückkehr in die USPD, wie sie sich in der KAG abzeichnete, war für ihn nicht denkbar, er zog sich daher ganz aus der Politik zurück.³⁰ Bis 1925 war er als Autor sehr produktiv und verfasste mit „Vom Kaiserreich zur Republik“, „Die Novemberrevolution“ und „Der Bürgerkrieg in Deutschland“ drei Werke zur Revolutionsgeschichte. In den 30er Jahren zog sich Richard Müller dann völlig ins Privatleben zurück. Neuere Erkenntnisse enthalten Hinweise darauf, dass er nach 1933 nicht ins Exil ging, sondern 1943 in Berlin verstarb.³¹

30 Siehe Reiner Tosstorf: Profintern - Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1921-1937, S.392-395.

31 Zum Lebensweg Müllers mehr in der entstehenden Magisterarbeit: Ralf Hoffrogge: Richard Müller – vom Gewerkschaftsfunktionär zum revolutionären Betriebsobmann, FU Berlin 2007, sowie im Eintrag „Richard Müller“ der für 2008 geplanten Neuauflage des Nachschlagewerks „Deutsche Kommunisten“, herausgegeben von Hermann Weber und Andreas Herbst.